

---

**140/PET XXIV. GP**

---

**Eingebracht am 05.12.2011**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## Petition



S.g. Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Mag. Barbara Prammer  
Parlament  
1017 Wien

Wien, am 5.12.2011

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

In der Anlage überreiche ich Ihnen gemäß § 100 (1) GOG-NR die vom Grazer Gemeinderat in den Punkten 1 und 2 mit Mehrheit beschlossene Petition betreffend „Initiative gegen Stellenabbau bei Post und Telekom“.

Mit der Bitte um geschäftsordnungsmäßige Behandlung dieser Petition verbleibe ich,

mit freundlichen Grüßen

Abg.z.NR Gerald Grosz



**BÜNDNIS ZUKUNFT STEIERMARK | Bündnisobmann Abg.z.NR GR Gerald Grosz**

Jungferngasse 1  
A-8010 Graz

Tel.: +43-316-82 38 87  
Fax: +43-316-82 38 87-77

E-Mail: [gerald.grosz@bzoe.at](mailto:gerald.grosz@bzoe.at)  
Homepage: [www.bzoe-steiermark.at](http://www.bzoe-steiermark.at)

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

[www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)

## KPÖ – Gemeinderatsklub



KPÖ – Gemeinderatsklub  
 8011 Graz – Rathaus  
 Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
 Tel: 0316 / 872 2151  
 0316 / 872 2152  
 0316 / 872 2153  
 Fax: 0316 / 872 2159  
 Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Mittwoch, 12. November 2008

Gemeinderat Manfred Eber

### DRINGLICHKEITSANTRAG

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: **Initiative gegen Stellenabbau bei Post und Telekom**

Die aktuelle Diskussion um die Schließung von hunderten Postämtern in ganz Österreich und dem damit verbundenen Stellenabbau bei der Post, aber auch um die geplanten Kündigungen im Bereich der Telekom, darf die Stadt Graz nicht kalt lassen. Schließlich geht es auch um zahlreiche Arbeitsplätze, die in unserer Stadt vernichtet werden sollen.

Jetzt stellt sich heraus, dass die Auseinandersetzung um die Schließung von 5 Postämtern in Graz und um die Verlegung der Fernmeldeschule aus Graz-Eggenberg nach Wien die Vorboten eines radikalen Personalabbaus waren, dessen Ursachen auch in der Teilprivatisierung der Unternehmen und in Vorgaben der EU zu suchen sind.

Es handelt sich bei der Post und der Telekom nicht um Betriebe in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern um Konzerne, die hunderte Millionen Euro Gewinne schreiben. Die Post AG zahlte in den letzten drei Jahren 278 Millionen Euro an Dividenden, bei der Telekom waren es im gleichen Zeitraum gar 939 Millionen. Die Einsparungsmaßnahmen dienen also nicht der Sanierung, sondern der Erzielung von zusätzlichem Profit.

Es geht uns um die betroffenen Beschäftigten ebenso wie um die Bevölkerung, die von den geplanten Maßnahmen auch betroffen ist. Der Stadt Graz kann es nicht egal sein, wenn vielleicht hunderte Mitarbeiter auf der Straße stehen. Dadurch sinkt die Kaufkraft in der Stadt, die Sozialtöpfe werden verstärkt in Anspruch genommen, die Bevölkerung muss längere Wege in Kauf nehmen, was für viele zusätzliche Belastungen bedeutet und auch für die Umwelt negative Konsequenzen hat.

Ich stelle daher namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

#### **Dringlichkeitsantrag:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich gegen den Stellenabbau bei Post und Telekom und fordert die österreichische Bundesregierung und den Bundesgesetzgeber auf:

- \* den Beschäftigungsabbau und die Postamtsschließungen zu stoppen. In Graz darf kein einziges Postamt geschlossen werden. Der Beschluss über die Verlegung der Fernmeldeschule nach Wien muss aufgehoben werden.
- \* die Liberalisierungsrichtlinien der EU, die den Post- und Telekommunikationsbereich in Österreich betreffen, vorderhand nicht umzusetzen,
- \* und die Teilprivatisierung von Post und Telekom rückgängig zu machen.